

476 PS reichen nicht

Erwiderung auf „SUV sind Ausdruck von Dekadenz“, FR-Forum vom 30.10.

Dem leuchtenden Stern „Tempo 130“ können wir nicht mehr folgen. Nicht mehr am Firmament. Einfach weg. Die Autogötter haben etwas Neues für ihre Gläubigen.

Klimaneutral – Elektro-SUV ein Alphanier. Hört hört, wie er sich derzeit anbietet: Er steht seinen Verbrennerkollegen in nichts nach. Im Gegenteil: Einmal losgelassen, schießt die immerhin 2,3 Tonnen schwere Limousine wie von einem Gummiaband katapultiert los. Tempo 150 erreicht sie in nicht einmal zwei Sekunden, der Prestigesprint von 0 auf 100 dauert 4,1 Sekunden, 200 km/h sind in 13,5 Sekunden erreicht, bei 245 Kilometern pro Stunde wird abgeriegelt. 476 PS reichen nicht, er kann noch überboost werden auf 530

PS: Der eine Ampelpartner wird gelb vor Neid werden – er muss die Marke wechseln. Ich werde mich erst einmal corona-boostern lassen. Ein Hoch auf die Ampel.

Werner Junghans, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/koalition-2021

Auf einer kleinen Erde

Erwiderung auf „Ein Ort, an dem niemand leben möchte“, Forum v. 6.11.

FR-Leser Karl-Albert Hahn und allen Leuten, die finden, Deutschland sei ein „relativ dicht besiedeltes, kleines Land“, in dem bei weiterem Zuzug bald „keiner mehr gern leben möchte“, gebe ich zu bedenken: Wir alle leben auf einer zu dicht besiedelten, kleinen Erde und haben nicht die Wahl, ob wir das möchten.

Die Menschheit hat sich in einer Art und Weise ausgebreitet, die alles Leben auf dieser Erde bedroht. Nun liegt es wohl in der Natur jeder Lebensform, sich ihren Fähigkeiten entsprechend auszubreiten. Beim Menschen allerdings hat diese Macht einen Grad erreicht, der alles zerstören kann.

Unsere einzige Hoffnung ist, dass Homo sapiens auch Vernunft entwickelt hat, die es grundsätzlich möglich macht, den Ausbreitungstrieb zu beschränken und mit den Ressourcen der kleinen Erde sorgsam umzugehen. Wir müssten da sehr schnell umdenken.

Zu den Qualitäten, die dabei gebraucht werden, gehört auch ein humaner Umgang mit Menschen in Not und ein Denken über die Landesgrenzen hinaus.

Übrigens kenne ich niemanden, der fordert, dass nach Deutschland „jeder, der möchte, einwandern kann“. Wer davor warnt, zeigt keinen Mut, sondern baut einen Popanz auf.

Peter Steinberg, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/belarus-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211108

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg moderiert die Veranstaltung „Altersarmut. Problem erkannt, Problem gebannt?“ des „Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen“ mit hessischen Landtagsabgeordneten von CDU und Grünen sowie Fachleuten von Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Anmelden unter anmeldung@soziale-gerechtigkeit-hessen.de. Stream auf Youtube.

Mittwoch, 17. November, 19 Uhr
Haus am Dom, Domstraße 3, Frankfurt

Tobias Schwab moderiert das Gespräch „Faire Mode? Lieferketten, Löhne und soziale Standards“ mit Nils Tödter (Hessnatur). Eine Veranstaltung der Fairtrade-Kommunen Hainburg und Großkrotzenburg. Eintritt frei.
Dienstag, 23. November, 19 Uhr
Evangelisches Gemeindehaus, Uhlendstraße 1, Hainburg.

Jens Joachim diskutiert über das Thema Bioökonomie: „Gelingt ein neues Verhältnis zur Natur als Nahrungsquelle für alle, ohne sie zu zerstören?“ Mit Felix Prinz zu Löwenstein (Ökologisches Hofgut Habitzheim), Roland Lentz (Innovationscoach), Franz Grubauer (Ev. Stadtakademie).
Info: ev-akademie-darmstadt.de.
Donnerstag, 25. November, 18.30 Uhr
Pauluskirche, Niedergallweg 20, Darmstadt



Es summt und brummt beim Blättern

„Hallo Herr Bronski, einfach schön, die Gartenbilder in der FR in einem Sommer, der überschattet ist von den ganz anderen Bildern“, schreibt mir Hanne Strack aus Rüsselsheim im September. „Es summt und brummt schon beim Seitenblättern und Scrollen. Noch heftiger aber in unserem Garten. Wir haben eine neue, uns bisher unbekannte Besucherin, die laut brummend, dabei friedlich und nützlich die Blumen erfreut – die Blaue Holzbiene.“ HANNE STRACK

Sie wollen nicht kapiieren

Erwiderung auf „Ein Riss geht durchs Land“, FR-Forum vom 11. November

Sahra Wagenknecht hat sich bei Anne Will faktisch an die Spitze der Nichtgeimpften gestellt. Die von ihr behaupteten Fakten widersprechen den Erkenntnissen der Fachwissenschaften. Auch die aktuelle Belegung der Intensivbetten in den Kliniken ist ein Beleg dafür. Deswegen lohnt es sich nicht, sich mit den Apologeten des schlichten Denkens argumentativ auseinanderzusetzen. Sie werden es nicht kapiieren, sie wollen es nicht kapiieren.

Der Landesverband NRW der Linken, dessen Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht ist, erzielte bei der Bundestagswahl ein Erststimmenergebnis von 3,2 Prozent, was ein Verlust von 3,2 Prozent gegenüber der Bundestagswahl von 2017 bedeutet. Auch das Zweitstimmenergebnis ist miserabel. 3,7 Prozent wurden erzielt, 3,8 Prozent verloren. Anscheinend verfängt weder die Rücksichtnahme auf Impfskeptiker oder Impfgegner noch die auf jene Kreise, die durch eine rigorose Handhabung des Infektionsschutzgesetzes eine Spaltung der Gesellschaft befürchten. Die Spaltung der Gesellschaft in Arme, Normalverdiener, Besserverdiener, Wohlhabende und Reiche ist kein Ergebnis der Maßnahmen

gegen Corona. Vielmehr ist sie das Ergebnis einer seit Jahrzehnten praktizierten asozialen Politik, die sich nicht für das Wohl des Volkes einsetzt, sondern für die weitere Privilegierung Weniger und die Verfestigung von Ungerechtigkeit.

Wagenknecht und ihre Unterstützer hätten erkennen können, welche Aufgaben dringend gelöst werden müssen. Die Unterstützung von Impfgegnern gehört sicherlich nicht dazu. Gegebenenfalls hätten sie bei den Theoretikern des Sozialismus nachschlagen sollen, um Orientierungshilfen zu bekommen (z.B. bei Marx, z.B. bei Marcuse). Dort sind die Probleme beschrieben, die der Gesellschaft bis heute unter den Nägeln brennen. Und die allzu häufig von mächtigen Interessengruppen vernebelt werden.

Dass das Versagen vor der Realität kein spezifisch linkes Übel ist, entnehme ich dem, was aus den Runden der „Ampel“-Koalitionäre dringt. Anscheinend wächst zusammen, was nicht zusammenpasst. Oder anders ausgedrückt: Hand in Hand gegen Vernunft und Verstand.

Klaus Philipp Mertens via FR-Blog

Diskussion: frblog.de/kimmich

Für die Demokratie

„Nachdenktag“: „Der deutsche 9. November“, FR-Politik vom 10.11.

Der Bundespräsident hat der Debatte, wie der 9. November zu verstehen und zu begehen sei, neues Gewicht verliehen. Die Geschichtsträchtigkeit des Datums ist bekannt: 1918 Ausrufung der Republik, 1923 Marsch auf die Feldherrnhalle (Hitler-Ludendorff-Putschversuch), 1938 Pogromnacht zur Zerstörung jüdischen Lebens, 1989 Fall der Berliner Mauer. Die auf den 9.11. fallenden Ereignisse lassen sich als eine Linie lesen, in der Deutschland nach dem Fehlschlag von 1848 die Monarchie hinter sich lässt und für eine demokratische Republik entscheidet, sehen muss, dass Demokratie ohne Demokraten zum Scheitern verurteilt ist, die erschreckende Erfahrung macht, zu welchen monströsen Verbrechen es führen kann, wenn Verächter der Demokratie die Oberhand gewinnen, und in der Deutschland feiern kann, dass demokratischer Mut auch autoritäre Herrschaft zu Fall zu bringen vermag.

Der Vorschlag, diesen Tag der Erinnerung an den Holocaust zu widmen, greift zu kurz. Wenn der 9. November ein gesetzlicher Feiertag würde, wäre das ein vorzüglicher Rahmen, miteinander zu bedenken, dass demokratische Tugenden unerlässlich sind, sollen jene Schrecken, die sich mit diesem Datum verbinden, nicht wiederkehren.

Alexander von Oettingen, Bad Homburg

Platter Patriotismus wird nicht benötigt

Es muss darüber gestritten werden, wie unsere Demokratie in Zeiten von grassierendem Rechtspopulismus und Pandemie, Globalisierung und Klimaschutz weiterentwickelt werden kann. Ich bin allerdings anderer Meinung als Frank-Walter Steinmeier, der einen aufgeklärten Patriotismus für angebracht hält und einen Nachdenktag vorschlägt. Wenn Patriotismus einen Sinn haben kann, dann doch kann es nur ein Verfassungspatriotismus sein, den schon Johannes Rau forderte. Denn in diesem Land mit seiner ambivalenten Geschichte überragt die Shoa sowohl das Jahr 1918 mit der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann als auch das Jahr 1989 mit dem Mauerfall. Unser Grundgesetz mit seinem liberalen Geist und seiner Bindung an die Menschenrechte erinnert daran, dass die Gesellschaft des Jahres 1938 ihren Hass gegen die Juden, der das singuläre Verbrechen des Holocaust erst ermöglichte, im diametralen Gegensatz zu dem im Grundgesetz stehenden Verfassungsanspruch pflegte. Es ist daher notwendig, wenn von Patriotismus schon die Rede ist, gerade die junge Generation zu einem ständigen Diskurs über den Nazistaat mit seinen Folgen zu bewegen und auf die Notwendigkeit des Widerstands gegen alle Formen von Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz zu orientieren.

Manfred Kirsch, Neuwied